



Schimpfen Sie Nicht mit Ihrem Fernseher – Diskutieren Sie mit Phönix

Die Publikumsfrage: Binnennachfrage stärken – Mehrwertsteuer strukturieren?

Die EU Kommission hat den Mitgliedsländern endlich die Möglichkeit eingeräumt, die Mehrwertsteuer vom ansonsten einheitlichen Satz von 15 % im Bereich arbeitsintensiver Branchen auf bis zu 5% abzusenken. Leider wird dieser wichtige Schritt, der gegen den langanhaltenden, energischen Widerstand des Exportweltmeisters Deutschland durchgesetzt wurde, in den Medien und von der offiziellen Politik vollkommen falsch als typisches Geplänkel innerhalb des CDU-CSU-Lages fehlinterpretiert. Es ist von „klientelbezogenen Ausnahmen“ und einer populistischen Strategie der in Bayern von den Freien Wählern arg drangsalierten CSU die Rede. Viele Journalisten und Ökonomen überblicken offensichtlich nicht die tatsächliche Tragweite dieser von der Mehrheit der EU durchgesetzten Grundsatzentscheidung. Es handelt sich um einen ersten ordnungspolitischen Beitrag zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung! Die EU muss für den einheitlichen Währungsraum eine möglichst ebenso einheitliche, auf einfachen Grundsätzen aufbauende Steuergesetzgebung schaffen. Die theorielose Forderung nach einem „juristisch einheitlichen“ Mehrwertsteuersatz muss durch einen wirtschaftlich-funktionalen Grundsatz ersetzt werden. Generell sollte bei der Festlegung für ein Verbrauchsgut der Anteil der insgesamt in der Wertschöpfungskette notwendigen Personalkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten als objektiver Maßstab genommen werden. Der höhere Maschinenanteil in der Industrie muss einen angemessenen Steueranteil mittragen. Arbeitsintensive Endprodukte erhalten dadurch einen niedrigen, kapitalintensive einen hohen Mehrwertsteuersatz. Damit werden global hergestellte und gehandelte Produkte der Industrien generell hoch besteuert, hingegen die nur in der Region wirksamen, arbeitsintensiven Branchen entsprechend niedrig.

In einem auf diesem Prinzip aufgebauten Steuersystem ist es dann unerheblich, an welchem Ort auf der Welt ein typisches, kapitalintensives Industrieprodukt hergestellt wird, der Finanzminister erhält auf alle Fälle ein möglichst hohes Steueraufkommen aus diesen Branchen, um so öffentliche Aufgaben ohne zusätzliche Staatsschulden finanzieren zu können. Egal, ob der neue Kühlschrank oder Laptop in Taiwan oder in Bochum produziert wird, der Finanzminister erhält - ohne eine Diskriminierung der Einfuhren - in beiden Fällen ein angemessenes Steueraufkommen, um auch Bildung, Erziehung und Gesundheit ohne zusätzliche Staatsschulden zu finanzieren. Eine strukturierte Produktsteuer vermindert wegen der damit einhergehenden Stärkung der Binnennachfrage vor allem auch unseren ungesunden Exportüberschuss. In § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes aus dem Jahre 1967 wird die Bundesregierung ausdrücklich dazu verpflichtet, für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht Sorge zu tragen. Tatsächlich ist die Bundesrepublik mit ihren enormen Exportüberschüssen und den damit zwangsläufig einhergehenden Vermögensexporten in die Weltfinanzmärkte für die aktuelle Wirtschaftskrise maßgeblich mitverantwortlich. Ja sie feiert das gesetzeswidrige Ungleichgewicht als einen besonderen „sportlichen Erfolg“ und schert sich



Schimpfen Sie Nicht mit Ihrem Fernseher – Diskutieren Sie mit Phönix wenig um das eigene Stabilitätsgesetz. Eine Strukturierung der Mehrwertsteuer auf drei bis fünf unterschiedliche Steuersätze (5% – 25%) entlastet die arbeitsintensiven Branchen in der Region und bringt im Ergebnis allein in diesem Bereich in der Regel auch nach der Reduzierung exakt dasselbe Steueraufkommen, wie dieses vor der Reform der Fall war. Schwarzmärkte, auf denen in Deutschland nach Schätzungen mittlerweile 16 % der Wertschöpfung realisiert werden, verwandeln sich durch eine Steuerreform in legale Steuerquellen. Der entsprechende Beweis liegt in vielen EU-Ländern bereits vor! Aber auch wirtschaftstheoretisch lässt sich nachweisen, das bei arbeitsintensiven Produkten die Preiselastizität der Verbraucher besonders sensibel ausfällt, d. h. bei relativ leichten Preisreaktionen (im Restaurant, beim Friseur oder bei der Autoreparatur) reagieren die Verbraucher aufmerksam und kaufen mehr als vor der Preissenkung. Bei typischen, überwiegend aus diktatorisch regierten Billiglohnländern importierten Industrieprodukten ist hingegen ein riesiges Geschrei notwendig („Geiz ist geil“), um das Zeug doch noch über den Tresen zu schaffen.

Der Bundesfinanzminister und seine Kanzlerin fühlen sich anscheinend vor allem den Dax-Unternehmen und der Exportindustrie verpflichtet. Diese möchten möglichst viel exportieren und benötigen dazu möglichst viele billige Importe, um auf diesem Wege die Handelsbilanz doch noch einigermaßen ins Lot zu bringen. Tatsächlich entsprach aber dieser Überschuss in den vergangenen Jahren dem Volumen der Einkommenssteuer, nämlich ca. 7 % vom BIP, die von den Deutschen zwangsläufig im Ausland alljährlich angespart werden. Die Regierungsparteien haben an einer Stärkung der Binnennachfrage offensichtlich wenig Interesse. Das notwendige Finanzaufkommen soll die arbeitsintensive Binnenwirtschaft über hohe Sozialabgaben möglichst allein aufbringen, während die Industrie sich noch eine Weile mit Sonderzuwendungen über Wasser halten möchte. Wie will die Kanzlerin nach der Abwrackprämie die Autoexporte über Wasser halten? Mit einem Volksentscheid auf Bundesebene, d. h. mit der Publikumsfrage könnte eine angemessene Gegenkraft gegen Industrie und Massenmedien geschaffen werden. Eine strukturierte Mehrwertsteuer würde bei entsprechender umfassender Aufklärung der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit finden. In der heutigen, von gut organisierten Interessen beherrschten Parteienaristokratie finden dagegen vernünftige Argumente kaum noch Gehör. Nicht allein in den Rateshows im Fernsehen, auch in der tatsächlichen Politik muss die Publikumsfrage Einzug halten. Die Studiogäste wissen bekanntlich auch in den Quizshows recht gut Bescheid. Artikel 20 des Grundgesetzes sieht ausdrücklich vor, dass das Volk sich auch mit unmittelbaren Abstimmungen an der Willensbildung beteiligt. Treten wir den Beweis für eine politische Mehrheit einer auf Prinzipien aufgebauten Mehrwertsteuer an, auch in Deutschland. Eine geringere Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Branchen wirkt nachhaltig positiv auf die Binnennachfrage und die heimische Beschäftigung und finanziert sich überwiegend durch die allmähliche Austrocknung des Sumpfes der Schwarzarbeit.

H. Meemken (Phönix – eine Vision)